

## Herausforderung für den EU-Haushalt

Derzeit wird der EU-Haushalt für die nächsten 7 Jahre (2021-2027) verhandelt. Nun einmal ganz abgesehen davon, dass der ursprüngliche Entwurf bereits jetzt auf Grund der aktuellen Situation nur mehr Makulatur ist, wird man sich auf einen massiv ausgeweiteten Sonder-Budgetrahmen einigen müssen. Kleingeistiges Hick-Hack um die nationalen EU-Beiträge im Bereich der 2. Stelle hinter dem Komma war bereits vorher entbehrlich und ist dies jetzt umso deutlicher. Zudem wird man dringend die Voraussetzungen für „Eigen-Einnahmen“ beispielsweise aus EU-weiten Abgaben für Finanztransaktionen (Aktien ausgenommen) insbesondere Leerverkäufen, Termingeschäften u.a. undurchschaubaren Börsen-Transaktionen schaffen müssen. Die von einigen Mitgliedsländern insbesondere Deutschland und Österreich bis dato abgelehnten gemeinsamen EURO-Anleihen wären Ausdruck gelebter Solidarität und gerechter Lastenausgleich für die durch die Krise schwer betroffenen Mitgliedsländer Italien Spanien und Frankreich. Schließlich will ja unsere exportabhängige Wirtschaft auch noch irgendwo Absatzmärkte vorfinden.

Stellvertretend für viele andere EU-förderungswürdige Sparten seien die derzeit größten und aktuell auch wichtigsten Bereiche angeführt:

Handlungsbedarf besteht an der anteilmäßig mit Abstand größten Förder-Position Landwirtschaft (40% oder 60 Mrd des Gesamt-EU-Haushalts) wobei 1% der geförderten Betriebe ca. 1/3!! der gesamten Agrar-Förderung erhält. Nur eine rigorose Abkehr von der ökologisch völlig unsinnigen Flächen-Förderung hin zu einer gezielten Unterstützung innovativ und vor allem ressourcen-schonend arbeitender Kleinbetriebe insbesondere auch im gesamten Alpenraum kann das Ziel verantwortungsvoller Agrar-Förderpolitik sein.

Der „Green-Deal“ im Bereich Klima und Umwelt wird nur mit deutlichen Erhöhungen der bisherigen Positionen möglich werden. Gerade jetzt bietet sich die Möglichkeit einer dringend notwendigen „Schub-Umkehr“ in der Förderung erneuerbarer Energie – und Antriebsformen.

Die Zeit der massiven Einschränkungen in allen Lebensbereichen hat uns beispielsweise bei „Home-Office und Home-Schooling“ drastisch vor Augen geführt, dass wir in punkto Digitalisierung noch „Luft nach oben“ haben.

Ausdruck völlig neuer Wertschätzung war wohl auch die Ankunft der sehnlichst erwarteten PflegerInnen aus Rumänien. EU-weite Mindestlöhne in Anlehnung an die jeweiligen nationalen mittleren Einkommen müssen einer Lösung zugeführt werden. Nationale Alleingänge beispielweise in Form indexierter (gekürzter) Familienbeihilfen sind ziemlich sicher EU-rechtswidrig und wie man sieht eher kontraproduktiv.

Eine höhere Dotierung der nationalen Verteidigungsausgaben (die NATO fordert 2% des BIP, z.B. alleine für Deutschland ca. 70 Mrd) sollte hinsichtlich der Dinglichkeit wohl eher letztgereiht erfolgen.

Dies alles wird jedoch nur mit einer schlanken entscheidungsfähigen Struktur in der EU (u.a. Beendigung der Einstimmigkeit im Rat) möglich werden. Die österr. Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang bereits eine Neufassung der EU-Verträge angeregt.